

Vorschlag, den wir bringen, ändert wenig. Er ist nur dazu bestimmt, eine gerechtere Art der Abstimmung anzubahnen.

Mollenbuhr bittet den Antrag abzulehnen; ob die Berliner mit ihren Forderungen bescheiden oder unbescheiden seien, kommt nicht in Betracht, sondern nur der Umstand, daß durch Annahme des Antrages mit dem bisherigen System gebrochen wird. Außerdem würden dadurch Unzuträglichkeiten hervorgerufen. Wie werde es, wenn der eine Delegirte des Wahlkreises für einen Antrag, der zweite dagegen stimme? Der Delegirte würde einfach dazu herabgedrückt, seine Stimme abzugeben, eine Aussprache wäre dann überflüssig, man könnte dann ja auch schriftlich abstimmen. Die Wahlkreise seien jetzt nach ihrer Stärke vertreten.

Stadthagen betont, daß der Antrag in Berlin in keiner einzigen Versammlung vorgebracht, sondern nur von den Delegirten gestellt sei. Der Antrag müsse aus Gründen der Gerechtigkeit abgelehnt werden. Jeder Delegirte habe die Interessen der Gesamtpartei, nicht die eines bestimmten Wahlkreises zu vertreten. (Beifall.) Hinter jedem der Delegirten stehe die Gesamtpartei. Auf dem Parteitag darf nicht ausschlaggebend sein, von wie Vielen der Einzelne gewählt ist, sondern welche Gründe er vorzubringen habe.

Hoffmann-Bielefeld hält den Antrag geschäftsordnungsmäßig nicht für zulässig, da der jetzige Parteitag noch auf Grund der alten Geschäftsordnung gewählt sei, und beantragt deshalb Uebergang zur Tagesordnung.

Nachdem Timm-Berlin den Uebergang zur Tagesordnung bekämpft hat, beschließt der Parteitag, über den Antrag Arons und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Zu Punkt 8 des Geschäftsordnungs-Entwurfs liegt ein Antrag der Parteigenossen des 14. hannoverschen Kreises vor, welcher eine Verlesung der Präsenzliste zu Beginn jeder Sitzung und eine Namhaftmachung der Fehlenden im Protokoll bezweckt. Nach kurzer Debatte, an welcher sich Hoch-Berlin, Mehnert-Berlin, Fülle-Würzburg, Görke-Charlottenburg betheiligen, wird der Antrag abgelehnt und Punkt 8 des Entwurfs, sowie der Entwurf in seiner Gesamtheit angenommen.

Nunmehr wird die Tagesordnung festgestellt. Punkt 1: Geschäftsbericht des Partei-Vorstandes, 2. Bericht der Kontrolleure, 3. Berichterstattung über die parlamentarische Thätigkeit, werden an ihrer Stelle belassen. Dagegen entsteht eine längere Debatte darüber, Punkt 6, die Vorschläge der Agrarkommission, an vierter Stelle zu behandeln, damit nicht die Behandlung dieser so wichtigen Frage, ähnlich wie im vorigen Jahre in Frankfurt a. M., übers Knie gebrochen oder doch nicht so vollständig wie nöthig erörtert werde. Nach einem Antrage auf Schluß der Diskussion wird beschlossen, Punkt 6 der provisorischen Tagesordnung als 4. Punkt zu behandeln. Alle übrigen Punkte folgen in der vorgeschlagenen Reihenfolge.

Die Arbeitszeit des Kongresses ist die übliche: 9—1 und 3—7 Uhr.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Schluß 8³/₄ Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 7. Oktober 1895. — Vormittags-Sitzung.

9¹/₄ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Als Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie ist Dr. Ellenbogen aus Wien, für die rumänische Partei ist Dr. Stinça aus Bukarest erschienen. Singer heißt sie herzlich willkommen.

Begrüßungsschreiben und Telegramme sind zahlreich aus dem In- und Auslande eingetroffen. (Dieselben werden am Schluß des Protokolls einzeln registriert.)

Dr. Ellenbogen-Wien: Von der österreichischen Parteileitung wurde ich beauftragt, Ihren Parteitag herzlich zu begrüßen. Nicht eine leere Formsache, sondern der Ausdruck der regsten Antheilnahme an den Fortschritten der Partei ist es, der uns hierher führt. Wir nehmen den regsten Antheil an Deutschland, ja es ist uns nicht einmal gleichgültig, welcher Kurs in Deutschland herrscht, weil unser politisch armes Land sich darnach richtet. Wie jetzt bei Ihnen wieder Verfolgungen an der Tagesordnung sind, so wird auch bei uns von dem Ministerpräsidenten ein scharfes Vorgehen gegen die extremeren Parteien in Aussicht gestellt. Die österreichische Koalition ist lächerlich geworden, sie ist zusammengebrochen und dieses ihr Schicksal ist ihr geworden durch die österreichischen Sozialdemokratie, durch diejenigen ihrer Eigenschaften, die sie von der deutschen Sozialdemokratie gelernt hat. Ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in ein dreimaliges Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag tritt sodann in die Tagesordnung ein. Punkt 1 derselben bildet der **Geschäftsbericht des Partei-Vorstandes**. Hierzu liegen die Anträge 36, 43, 44 und 46 bis 50 vor.

Berichterstatler Pfannkuch-Berlin will sich mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen über die Agrarfrage auf wenige Erläuterungen des gedruckten vorliegenden Berichts beschränken. Die Agitation ist im abgelaufenen Jahre durch die Partei wesentlich gefördert worden; wenn sie auch jetzt nicht mehr wie früher ausschließlich von der Parteileitung aus besorgt wird, so erwächst dem Vorstande doch noch immer eine große Arbeit, um überall helfend eingzugreifen. Es sind 52 000 Mk. für die Agitation auszugeben, wovon ein ein wesentlicher Theil in Folge der nothwendigen Nachwahlen auf die Wahl-agitation kommt. Erfreulicherweise ist es der Partei gelungen, den Wahlkreis Dresden-Land zu erobern, der, heiß umstritten, bisher im Besitz der Antisemiten sich befand. Leider ist ein Wahlkreis, Lennep-Mettmann, verloren gegangen, doch hatten wir die Genugthuung, einen erheblichen Stimmenzuwachs verzeichnen zu können. Die vereinigten Kapitalistenparteien haben uns besiegt.

An Agitation haben wir viel geleistet; es wäre aber zu wünschen, daß die Parteigenossen in der Nachfrage nach Agitatoren bescheidener werden; überall wird der Wunsch nach Reichstagsabgeordneten erhoben. Freilich sind die Forderungen nach Agitatoren ein gutes Zeichen unseres Wachstums, überall will man durch Beihilfe der „Autoritäten“ die gemachten Fortschritte vergrößern. Mehr als bisher hat die Partei in organisatorischer Beziehung zu leisten; wo man meint, die Bewegung stehe still, muß man in stiller Arbeit die Organisation der Genossen fördern. Die mündliche Agitation kann nur von Einzelnen geleistet werden; an der organisatorischen Arbeit kann sich jeder betheiligen. Somit fällt unserer Presse die Hauptarbeit in der Agitation zu. Dementsprechend ist auch die Unterstützung, welche aus der Parteikasse der Presse zugesprochen ist. 43 000 Mk. haben wir an Presunterstützung gezahlt. Pflicht der Genossen ist, mit ihren Blättern sich auf eigene Füße zu stellen. Im großen Ganzen ist die Warnung vor Neugründungen beherzigt worden; die gegenwärtige Situation ist nicht dazu angethan, zu Neugründungen zu begeistern. Wir müssen heute unsere Mittel flüssig haben, um die Schläge, die gegen uns geführt werden, zu pariren. Wir müssen im gegenwärtigen Augenblicke alles vermeiden, was Anlaß geben könnte, Parteieigentum durch Konfiskation in die Hände der Polizei gelangen zu lassen.

Die Genossen werden sich vermuthlich darüber wundern, daß „Der Sozialdemokrat“, der erst vor zwei Jahren ins Leben gerufen ist, jetzt wieder von der Bildfläche verschwinden soll. Aber die an die Gründung dieses Organs geknüpften Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, und wir sind nicht gesonnen, uns fernerhin in das eigene Fleisch zu schneiden. Wenn wir die Ueberzeugung gewonnen haben, daß eine derartige Position unhaltbar ist, so können wir

getroßt, pochend auf unsere sonstige Stärke, den überflüssigen Ballast von uns abschütteln. Die Partei wird auch auf anderer Weise ihre Aufgaben erfüllen.

Die Presse im Allgemeinen ist sowohl an Umfang wie im Inhalt besser geworden. Unsere Propaganda werden von unseren Begnern gefürchtet, weil ihnen ihr Spiegel vorgehalten und ihnen die Maske vom Gesicht gerissen wird.

Aus den eingelaufenen Anträgen ist zu schließen, daß die Genossen mit der entfalteten Agitation im Allgemeinen zufrieden sind. Befassen sich doch nur wenige Anträge mit der Agitation. Ein alter Bekannter unter ihnen ist nun der, der die Agitatoren im Lande, in den kleinen Städten, festhalten machen und sie so lange unterstützt sehen will, bis sie sich aus eigener Kraft erhalten können. Es ist richtig, daß diejenigen Genossen, die ihre Kraft der Partei in vollem Umfange zur Verfügung stellen, sich in den seltensten Fällen eine wirtschaftlich selbständige Stellung erringen können. Ich rathe deshalb, daß an die Parteigenossen an leitender Stellung nicht Forderungen gestellt werden, die über ihre Kräfte hinausgehen. Wenn sie nicht alle Obliegenheiten ausfüllen können, so muß durch Zusammenfassung der andern vorhandenen Kräfte Abhilfe geschaffen werden. Auf diesem Wege wird jene Nörgerei vermieden, die an einzelnen Parteiorten zu unerquicklichen Gegensätzen der Genossen führt.

Auf einen Antrag möchte ich noch mit ein paar Worten zu sprechen kommen. Es ist der Antrag aus Berlin I., der eine besondere Agitation für das allgemeine, gleiche Wahlrecht für alle Vertretungen im Reiche, den Einzellandtagen und den Gemeinden in Staat, Land und Gemeinde wünscht. Ich erinnere Sie an die gefrigen Worte Liebknecht's: Unsere Partei ist die einzige Schützerin des allgemeinen Wahlrechts! Aber diese Pflicht erfüllen wir im vollen Umfang. Jederzeit sind unsere Genossen auf der Wacht, um das allgemeine Wahlrecht zu verteidigen. Dieser Gedanke ist uns in Fleisch und Blut übergegangen, er gehört zum eisernen Bestandtheil unseres Arsenal's. Durch einen besonderen Antrag brauchen wir daher wohl kaum darauf hinweisen. Ueberall ist die klassenbewußte Arbeiterschaft in rüstiger Agitation für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht begriffen. Die Wirkung der Agitation ist eine wechselseitige. Die Agitation der österreichischen Genossen für das allgemeine Wahlrecht wird auch rückwirkend auch uns Deutsche zu neuer Thätigkeit anregen.

Der im vorigen Jahre gestellte Antrag auf Gratisklieferung des „Vorwärts“ an die Vertrauensmänner giebt zu recht unerquicklichen Verhältnissen Anlaß. Die entstehenden Schwierigkeiten würde man am besten dadurch beseitigen, daß an Orten, wo jene Gratisklieferung wirklich nöthig ist, die Parteigenossen dieser Orte selbst den Vertrauensleuten das Zentralorgan liefern.

Die Agitation unter den Seeleuten ist durch die von uns herausgegebene Broschüre „Seemanns Leben und Leiden“ gefördert worden. Leider ist aber der Genosse, der uns das Material zu unserer Agitation lieferte, Genosse Steiner, weil er Oesterreicher war, ausgewiesen worden. Wir haben ihn schmerzlich von uns scheiden sehen; er wird sicher in der österreichischen Bruderpartei sein Werk fortsetzen, es trifft hier wieder zu, was oft gesagt worden ist, daß durch Maßregeln unserer Behörden die Bewegung nur gefördert wird.

Welche Bedeutung man dem Parlamentarismus innerhalb unserer Partei als ein die Agitation förderndes Moment beilegt, das beweisen die zahlreichen zu diesem Punkte vorliegenden Anträge. Wir betrachten die Parlamentstribüne als den geeignetsten Ort, von dem aus man die Agitation im Lande betreiben kann. Ohne auf die einzelnen Anträge, die in das Gebiet fallen, einzugehen, will ich nur darauf hinweisen, ein wie großes Interesse unsere Freunde im Lande an dem Parlamentarismus nehmen. Aber es ist ein Verkennen der thatsächlichen Verhältnisse, wenn die Genossen glauben, daß die Reichstagsfraktion durch Stellung von Initiativanträgen alles möglich machen

und alle Wünsche und Forderungen auf diesem Wege zur Geltung bringen können. Geben Sie die eingereichten Anträge als gute Rathschläge der Fraktion mit auf den Weg, und Sie können versichert sein, daß diese überall, wo es thunlich ist, das, was unser Programm vorschreibt, zur Durchführung zu bringen versucht. Die Anträge wären nur dann angebracht, wenn die Fraktion nach der einen oder anderen Richtung hin ihre Pflicht versäumt hätte. Aber Sie werden wohl alle überzeugt sein, daß die Reichstagsfraktion sich Ihnen präsentiren kann mit dem Bewußtsein, ihre Schuldigkeit gethan zu haben. Der Bericht der Fraktion liegt gedruckt vor, und wir wünschen, daß Sie freie Kritik üben. Rede und Gegenrede ist es, was unsere Partei auszeichnet. Die Aufdeckung gemachter Fehler verhindert deren Wiederholung und fördert den Meinungsaustausch, belebt das innige Verhältniß zwischen Wähler und Gewählten, ein Vorzug unserer Partei, der einen wesentlichen Bestandtheil ihrer Stärke ausmacht.

Namens der Kontrolleure berichtet

Meister-Hannover: Wir haben im verflossenen Jahre vier Revisionen vorgenommen, sowohl im Parteibureau, wie beim „Vorwärts“, bei der Buchhandlung und beim „Sozialdemokrat“. Die rechnerischen Resultate, die Ueberschüsse, welche der „Vorwärts“ und die Buchhandlung ergeben haben, sind gewiß erfreulich. Bezüglich des „Sozialdemokrat“ liegt die Sache leider etwas anders. Der „Sozialdemokrat“ hat sowohl im Inlande, wie im Auslande die Erwartungen nicht erfüllt, die man auf ihn gesetzt hat; besonders das Ausland hat uns ganz im Stiche gelassen. Die Opfer der Partei für das Blatt sind so hoch, daß sie den gewonnenen Resultaten nicht entsprechen, und daß wir dieses Blatt werden eingehen lassen müssen.

Bei dieser Gelegenheit will ich noch erklären, daß wir den Beamten der Partei-Buchhandlung, des „Vorwärts“ und des „Sozialdemokrat“ das Zeugniß ausstellen können, daß sie ihre Schuldigkeit vollkommen gethan haben.

Der Gesamtvorstand hat 2 gemeinsame Sitzungen, die Kontrolleure haben 5 Extra-Sitzungen abgehalten.

Drei Beschwerden liegen vor: aus Görlitz, Rassel und Karlsruhe. Die Görlitzer und Rasseler Angelegenheiten sind rein lokaler Natur und mußten wir dieselbe zurückweisen. Anders liegt es mit der Beschwerde aus Karlsruhe. Zunächst haben die dortigen Parteigenossen sich darüber beschwert, daß ihnen der Vorstand die Mittel zur Gründung eines neuen Blattes und zur Anschaffung einer eigenen Druckerei nicht zur Verfügung gestellt hat. Hierüber sind wir freilich anderer Ansicht als die Karlsruher Genossen und treten dem ablehnenden Beschlusse des Vorstandes voll und ganz bei. Was aber den zweiten Punkt der Beschwerde betrifft, so stehen wir völlig auf dem Boden der Beschwerdeführer. Es handelt sich um den beleidigenden Ton, in dem Auer, der die Korrespondenz in dieser Angelegenheit geführt hat, geglaubt hat, antworten zu sollen. Die Kontrolleure mißbilligen diesen Ton; zur Entschuldigung Auer's müssen freilich die Parteizustände berücksichtigt werden, wie sie sich in Baden seit längerer Zeit uns darstellen. Der dritte Punkt der Beschwerde konnte nicht erledigt werden, weil Auer infolge einer Agitationsreise noch nicht anwesend sein konnte.

Außerdem ist noch eine Beschwerde des Berliner Agitationskomitees für den Straßburger Wahlkreis eingelaufen; sie konnte ebenfalls nicht erledigt werden, weil sie den Kontrolleuren überhaupt nicht vorgelegen hat.

Zum Namen der Kontrolleure ersuche ich Sie um Decharge für den Partei-Vorstand.

Singer schlägt vor, auch die Anträge 63 und 76 bei diesem Punkt zu erledigen. Der Parteitag ist damit einverstanden.

Antrag 36 wird unterstützt, ebenso die Anträge 43, 44, 47, 48, 49, 50, 63 und 76. Antrag 46 findet nicht die nöthige Unterstützung. Die Debatte wird eröffnet.

Antrag 36 wird von Eberle-Barmen begründet. Der Antrag ist in Frankfurt a. M. und in Köln abgelehnt worden, weil ihn der Vorstand aus geschäftlichen Gründen nicht gebilligt hat. In diesem Jahre ist es aber ganz gut gegangen, nach elf Monaten schon das Geschäftsjahr zu schließen. Damit ist der Grund widerlegt, der bisher gegen den Antrag geltend gemacht wurde.

Kräcker-Berlin führt zur Begründung des Antrages 43 aus, daß die Genossen, die einen Durchschnittslohn von 18—20 Mk. beziehen, ihre Opfer für die Partei ohne Entgelt bringen. Umso mehr könnten Beamte mit hohem Gehalt auf Diäten verzichten.

Fesche-Altona begründet den Antrag 44, der sich direkt gegen die Honorierung des Genossen Auer richtet. Persönlich könne er den Antrag nicht befürworten, dennoch aber bitte er, denselben zu berücksichtigen. (Heiterkeit.)

Stadthagen-Berlin betont bei der Begründung des Antrages 47, daß dadurch der Frage, ob eigene Regie oder nicht, nicht vorgegriffen werden solle. Er sei ein entschiedener Gegner des Gedankens, die Drucksachen in eigene Regie zu nehmen, stimme aber trotzdem für den vorliegenden Antrag, weil dadurch Klarheit geschaffen und die Frage erörtert wird, ob nicht vielleicht ein größerer Nutzen zu erzielen sei. Es werde vollkommen freie Hand gelassen. Auch in Hamburg scheine, wie aus dem Antrage 49 hervorgeht, derselbe Gedanke lebendig zu sein. Es wird sich lediglich darum handeln, wie am besten unter Berücksichtigung der bestehenden Parteidruckereien ein größerer Vortheil erzielt werden kann.

Röfle-Hamburg II begründet den Antrag 48: Da wir in unserem Programm zum Schutze der Arbeiterklasse die Beseitigung der Nachtarbeit fordern, so ist es notwendig, diese Forderung zunächst in unseren Parteigeschäften durchzuführen. Dies ist aber nicht überall der Fall, so z. B. nicht in der Hamburger Druckerei. Auch die Abschaffung der Affordarbeit wird sich wohl ermöglichen lassen, ohne daß dadurch eine Kürzung des Lohnes eintritt.

Grünwald-Hamburg: Wir haben in Hamburg ein großes Parteigeschäft, und da ist es doch nicht richtig, daß Drucksachen in anderen Druckereien hergestellt werden. Das Geld für die Arbeit soll nicht privaten Taschen, sondern der Partei zufließen.

Antrag 50 begründet Röfle-Hamburg: Wir wollen, daß die Parteiliteratur ausschließlich in Parteigeschäften hergestellt werden.

Zum Antrag 76 spricht Lees-Magdeburg im Namen der Kontrolleure: Wir gehen von der Annahme aus, daß durch die Versendung des „Vorwärts“ der Parteikasse zu viel Portis auferlegt werden. So viel Opfermuth muß vorhanden sein, daß die Parteigenossen der einzelnen Kreise die Kosten des Abonnements aufbringen. In anbetrach der hohen Summe der Portis bitte ich Sie, dem Antrage der Kontrolleure zuzustimmen.

Zu Antrag 63 ist von Landé-Elberfeld das Amendement gestellt worden: Entweder die „Neue Zeit“ in eine wissenschaftliche Monatschrift umzuwandeln und daneben den „Sozialdemokrat“ als Wochenblatt zu erhalten, oder das Erscheinen des „Sozialdemokrat“ einzustellen.

An Stelle des Antrages 43 stellen Timm u. Gen. folgenden Antrag (108): Ein Anspruch auf Diäten haben nur diejenigen Mitglieder der Reichstagsfraktion, die ein jährliches Einkommen von weniger als 3000 Mk. versteuern. Zwecks Erlangung der Diäten haben die berechtigten Mitglieder bei Beginn der Session eine diesbezügliche Erklärung dem Fraktionsvorstand abzugeben.

Zu Antrag 43 und 47 beantragt Hülle-Erfurt Uebergang zur Tagesordnung. Die Unterstützung reicht aus.

Hülle-Erfurt: Beide Anträge sind von früheren Parteitag abgelehnt worden. Geben wir nicht wieder der Welt das Schauspiel, daß ein sozialdemokratischer Parteitag zwei Tage lang über Lohnreduktionen beräth. (Beifall)

Timm-Berlin (gegen den Uebergang zur Tagesordnung): Ein Ausgleich muß gefunden werden. Ich will keine einzelnen Personen nennen, aber wer ein Einkommen von 5000 Mk. und mehr hat, kann auf die Diäten verzichten. Um Zeit zu sparen, können wir die Frage ja in einer Kommission besprechen.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird abgelehnt.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstandes, den Bericht der Kontrolleure und die Anträge wird eröffnet.

Bérard-Hamburg: In meiner doppelten Eigenschaft als Parteigenosse und Buchdrucker möchte ich zu dem Antrag 48 meine Ansicht äußern. Die Abschaffung der Affordarbeit ist zur Doktorfrage geworden. Die Fachleute sind nicht einig. Der letzte Buchdruckerstag in Breslau hat die Frage als noch nicht spruchreif bezeichnet. Ein großer Theil der Buchdrucker ist gegen die Abschaffung der Affordarbeit, weil er eine Herabsetzung der Lebenshaltung dadurch befürchtet. Unsere Erfahrungen in Hamburg, wo auf Beschluß der drei Wahlkreise die Affordarbeit in der Parteidruckerei abgeschafft wurde, haben Folgendes ergeben. Es konnten statt 24 Seher allerdings 30 beschäftigt werden. Nunmehr mußten aber diese 30 Seher sich in die frühere Gesamtlohnsumme theilen; so kommt es, daß einzelne besonders leistungsfähige Seher, die früher bis zu 50 Mk. verdienen konnten, jetzt auch nur noch 38 Mk. erhalten, also eine Einbuße von 5—600 Mk. jährlich erleiden. Nun wird eingewandt, viele Arbeiter hätten ein viel geringeres Einkommen als die Buchdrucker, die im festen Gelde stehen. Das ist gewiß richtig und bedauerlich. Allein, wenn die Buchdrucker es fertig bekommen haben, eine bessere Lebenshaltung zu erlangen und festzuhalten, so sollten wir sie in diesem Bestreben unterstützen und nicht sie herabdrücken. Weiter hat sich herausgestellt, daß die Einführung des gewissen Geldes dem Geschäft 10 000 Mk. jährlich Mehrausgaben verursacht hat. Eigentlichen Vortheil hat von der Einführung des gewissen Geldes also Niemand, außer daß 6 neue Seher eingestellt wurden. Ich glaube, wir können die Sache ruhen lassen. Anders läge es, wenn die Buchdrucker in ihrer Gesamtheit die Affordarbeit abschaffen wollten, dann müßten wir sie natürlich unterstützen.

Riez-Berlin: Zu dem Parteibericht habe ich nur zu sagen, daß ich mich dem Wunsche des Referenten, die Genossen mögen in der Forderung von Rednern etwas bescheidener sein, vollkommen anschließen. — Was die Frage der Affordarbeit betrifft, so ist die von dem Verbandstag der Buchdrucker gefaßte Resolution doch nur eine Verlegenheitsresolution. Ja, ein Redner hat sogar betont, daß die Versammlung in dieser Frage gar nicht kompetent sei. Ich bedauere überhaupt, daß diese Frage heute erörtert wird, aber das liegt nur daran, daß der vorjährige Beschluß nicht durchgeführt wurde. Wenn mehr guter Wille seitens der Geschäftsleitung und etwas weniger Egoismus auf Seite der Kollegen vorhanden gewesen, so wäre die Frage aus der Welt geschafft worden. Durch Berechnung wird heute, wenn man von wenigen Zeitungsdruckereien absieht, kein hoher Lohn mehr erreicht, ja es giebt sogar Seher, die nur 12—15 Mk. verdienen. Ich bitte deshalb den Antrag 48 und 50 anzunehmen. Was den Antrag 43 betrifft, so haben wir uns nur aus Sparsamkeitsrücksichten zur Einbringung desselben verleiten lassen. Ueber kurz oder lang muß diese Frage geregelt werden.

Inzwischen sind folgende Anträge bezw. Amendements eingegangen: Antrag 43 und 44 zur Verathung einer Kommission zu überweisen. — In Antrag 49 hinter „Parteidrucksachen“ das Wort „möglichst“ einzuschalten. — Antrag 49 und 50 der durch Antrag 47 geforderten Fünfer-Kommission zu überweisen. — Antrag 76 so zu fassen: „Den Vertrauensmännern ist das Zentralorgan „Vorwärts“ auf Kosten der Genossen am Orte gratis zu gewähren.“

Sonnenburg-Niederbarnim: Der Antrag 63, den „Sozialdemokrat“ eingehen zu lassen, ist recht bedauerlich. Auf dem Berliner und Kölner Parteitag hat man sich mit diesem Organ beschäftigt, und noch der Geschäftsbericht des vorigen Jahres sagt, daß der „Sozialdemokrat“ berufen ist, eine empfindliche Lücke auszufüllen. Der Berichterstatter der Kontrolleure sprach sich ebenfalls rühmend über das Blatt aus. Es war zu hoffen, daß die Zuschüsse mit der Zeit geringer werden würden. Nun hat aber der gegenwärtige Bericht festgestellt, daß die Abonnentenzahl von 5700 auf 4300 gesunken ist. Die Zahl der ausländischen Abonnenten ist dagegen nicht, wie Meister sagte, gesunken, sondern von 529 auf 780 gestiegen. Ich arbeite selbst als Seher an dem Blatte (Zuruf: Aha!), und ich weiß daher genau, daß nur einmal im vorigen Jahre eine Agitation für dasselbe durch eine größere Auflage vorgenommen worden ist. Vielleicht ist auch der Rückgang des „Sozialdemokrat“ durch die Verminderung des Umfangs von 8 auf 6 Seiten bewirkt worden. In Betreff der Gehälter der Parteibeamten stehe ich auf dem Standpunkte, daß ein Parteibeamter, der 3000 Mk. Gehalt bezieht und in Berlin wohnt, nicht noch Extradiäten beziehen soll. Auf dem Lande ist der Opfermuth der Genossen größer als bei den Parteibeamten, von denen ich sprach. Bezüglich des Druckes der Parteiliteratur meine ich, der Unternehmerngewinn soll doch nicht so hoch sein, über diesen wollen die Parteigenossen Aufklärung haben. — Mit dem Antrag auf Abschaffung der Akkordarbeit in Parteigeschäften erkläre ich mich einverstanden.

Timm-Berlin: Ich möchte die Stellung des „Vorwärts“ in prinzipiellen Fragen etwas kritisieren. Im Streit Bebel-Vollmar hat sich der „Vorwärts“ offiziell nicht entschieden ausgesprochen; eine sogenannte objektive Stellungnahme ist ja gelegentlich sehr gut, war aber hier nicht am Platze. Ebenso liegt es mit der Agrarfrage; auch hier hat der „Vorwärts“ keinerlei selbständige Stellung genommen. Ueberhaupt hat der „Vorwärts“ oft nachgehinkt oder am unrichtigen Platze geschwiegen. — Der finanzielle Stand des „Sozialdemokrat“ ist ja bedauernswerth, aber das Eingehenlassen dieses Blattes ist damit noch nicht begründet. Man sollte das Blatt heben und erhalten; die Genossen im Auslande wollen ein Bild von unserer Bewegung haben. Es muß eine große Agitation für den „Sozialdemokrat“ entfaltet werden. — Ferner ist zu wünschen, daß uns die Genossen aus Polen öfter als jetzt Nachricht von ihrer Bewegung geben. — Bezüglich der Diäten wünsche ich, daß eine Kommission gewählt wird, welche die dazu gehörigen Anträge behandelt; sie wird hoffentlich einen gerechten Ausgleich finden.

Baerer-Hamburg: Es ist eine Schmach, daß wir uns wieder mit dem Berliner Antrag befassen sollen, der von den Gegnern wieder als „Berliner Mist“ bezeichnet werden wird. Wo bleibt die Gerechtigkeit bei diesem Antrage? Wer ein Einkommen von 3200 Mk. z. B. hat, müßte aus seinem eigenen Einkommen zulegen, wenn er in den Reichstag geht. Die Berliner thäten besser, nicht immer leeres Stroh zu dreschen. Wir wollen uns nicht immer mit ihren Phrasen befassen. (Ho! und Unruhe.) Ich ersuche Sie, mit großer Majorität den Antrag abzulehnen.

Singer: Ich habe den Redner nicht unterbrochen, weil wir an harte Worte gewöhnt sind. Ich bitte aber die nächsten Redner, sich in ihren Ausdrücken zu mäßigen. Ein Wort des Genossen Baerer, das Wort „Schmach“, muß ich aber entschieden als ungehörig bezeichnen. (Beifall.)

Gesck-Offenburg: Ich habe über die Karlsruher Angelegenheit zu sprechen. Genosse Muer hat sich in einem Briefe schwerer Beleidigungen eines Karlsruher Parteigenossen zu Schulden kommen lassen. Mit dem sachlichen Inhalt des Briefes hat sich der Partei-Vorstand in rührender Uebereinstimmung solidarisch erklärt, nachdem es uns zuerst so erschienen war, als sei der Brief

eine rein persönliche Leistung Muer's. Wir erhoffen vom Parteitag einige Genugthuung. Als Schwarzwälder können wir ja etwas vertragen (Heiterkeit), aber der Ton, der diesmal von dem Grunewald nach dem Schwarzwald drang, paßt uns doch nicht. Auf diese Weise trägt man in die badischen Parteiverhältnisse, die Sie ja kennen, von außen her neuen Zündstoff. Das ist um so bedauerlicher, als sich der Karlsruher Wahlkreis bisher von dem Bazillus des herrlichen badischen Dioskurenstretes freigehalten hat. Wir erwarten die Abhilfe natürlich nicht dadurch, daß wir dem Genossen Muer der „ethischen Gesellschaft“ überweisen (Heiterkeit); aber wir fordern vom Partei-Vorstand, daß er die Briefe, die vom Sekretariat ausgehen, durchliest und unterzeichnet. Er ist mitverantwortlich dafür.

Koenen-Hamburg: Der Antrag 36, so sympathisch er erscheint, ist unannehmbar. Die Kontrolleure müßten dann schon 5 Wochen vor dem Parteitag revidiren und das muß zu Anzutraglichkeiten führen. Was kann in fünf Wochen in unserer raschlebigen Zeit nicht geschehen? Eine Reichstagsauflösung oder andere wichtige politische Aktionen können erfolgen und würden im Bericht dann nicht berührt werden können. Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Ebenso ist das Amendement überflüssig, wonach die Zünferkommission, die da gewählt werden soll, auch das Hamburger Geschäft zu kontrolliren habe. Das Hamburger Geschäft wird von den Hamburger Genossen kontrollirt und eine Prüfung durch auswärtige Genossen ist überflüssig und unnütze Zeitvergeudung. Was die Abschaffung der Nachtarbeit anlangt, so haben wir sie in Hamburg abgelehnt, weil sonst das „Echo“ zum Abendblatt werden und mit den Parlamentsberichten nachhinken müßte. Es empfiehlt sich, den „Sozialdemokrat“ eingehen zu lassen. Das Blatt hätte mehr ein Kampfblatt sein müssen. Das ist dem Redakteur auch gesagt worden, aber der Ton ist der alte geblieben.

Thomaß-Mirdorf: Wenn auch heute ein Antrag vorliegt, die Gratislieferung des „Vorwärts“ an Vertrauensmänner einzustellen, so ist der Vorstand doch nicht berechtigt gewesen, die Vertrauensleute abzuweisen und ihnen zu empfehlen, sie mögen sich das Blatt von den Parteigenossen an ihrem Orte bezahlen lassen. So lange ein Beschluß besteht, muß er auch ausgeführt werden. Zu der Diätenfrage haben wir das Amendement gestellt, daß diejenigen Parteibeamten, die Reichstagsabgeordneten sind, ihren Wohnsitz in Berlin haben und 3000 M. beziehen, keine Diäten bekommen. Wir sprechen ferner den Wunsch aus, daß auch auswärtigen Genossen, die hohe Gehälter beziehen, im Interesse der Partei auf die Diäten verzichteten mögen. Trotzdem ich also den Antrag der Berliner mit unterschrieben habe, empfehle ich Ihnen doch, statt dessen lieber das von uns gestellte Amendement anzunehmen. Was die Akkordarbeit betrifft, so haben wir als Arbeitgeber die Verpflichtung, für die Abschaffung derselben einzutreten, um nicht die Löhne herabzudrücken und die Reservearmee zu vergrößern. Mit dem Antrag 49 II kann ich mich aus Sparsamkeitsgründen nicht einverstanden erklären, den ersten Theil desselben halte ich für überflüssig, da die darin gestellte Forderung ja heute schon erfüllt wird. Dem Antrage auf Einstellung des „Sozialdemokrat“ stimme ich zu, da uns das Blatt ungeheuerer Opfer auferlegt und seinen Zweck verfehlt hat.

Förster-Hamburg: Ich wende mich zu Antrag 43; die Antragsteller scheinen von den Parteiverhältnissen nicht viel Kenntniß zu haben. Ich persönlich muß in meiner Eigenschaft als Firmeninhaber des Hamburger Geschäfts ein Einkommen von 17 300 Mark besteuern; dieses Einkommen fließt aber doch größtentheils der Partei zu, wie soll da der Antrag auf mich angewendet werden? — Sollte das „Echo“ ein Abendblatt werden, dann würden wir von unserer Agitationskraft gegenüber den anderen Blättern viel verlieren.

Moos-Leipzig ersucht um Annahme des Antrags Barmen. Die Anträge 43, 44 bitte ich einer Kommission zu überweisen. Tatsächlich ist eine doppelte Remuneration von Parteibeamten vorhanden; diese Angelegenheit muß endlich erledigt werden.

Politik-Berlin: Der „Sozialdemokrat“ kann erhalten bleiben. Bisher hat man zu wenig für ihn gewirkt. Die „Neue Zeit“ monatlich als wissenschaftliches Organ erscheinen zu lassen und den „Sozialdemokrat“ auszugestalten, wird nichts nützen.

Fischer-Berlin: Unter den Anträgen befinden sich einige, bezüglich deren ich meine Meinung als Leiter der Parteibuchhandlung Ihnen zur Erwägung anheimstellen möchte. Sie haben zunächst einen Antrag aus Hamburg II, die Parteiliteratur ausschließlich in Parteigeschäften herzustellen, und sodann einen Antrag aus Hamburg I, die Parteidrucksachen möglichst in einer Parteidruckerei anfertigen zu lassen. Ich bitte, beide Anträge abzulehnen, da sie an dem gegenwärtigen Zustand der Dinge nichts ändern. Der Antrag 50 besonders ist absolut undurchführbar, wenn Sie nicht in Berlin ein Parteigeschäft errichten wollen. Denken Sie z. B. an die Broschüre über die Umsturzdebatte. Solche Schriften müssen in kürzester Frist erscheinen; da kann man nicht erst Manuskripte nach Hamburg schicken, dann wieder Korrekturen hin und her senden, um schließlich, ehe man zur Ausgabe schreiten kann, warten zu müssen, bis die Ballen hier ankommen. Dazu kommt, daß Format und Buchbinderei Schwierigkeiten verursachen. Wer bei der Stellung des Antrages von dem Gedanken ausgegangen ist, daß die Partei dabei finanziell besser fährt, der irrt sich. Die Forderung des anderen Antrages, Parteidrucksachen möglichst in Parteidruckereien anzufertigen, wird heute schon erfüllt. Alle im letzten Jahre erschienenen Broschüren, soweit nicht obige Gesichtspunkte in Frage kamen, sind bei Auer in Hamburg hergestellt worden. Redner führt dies im Einzelnen näher aus. Bezüglich des Protokolls soll diesmal der Versuch gemacht werden, dasselbe schon im Laufe der übernächsten Woche erscheinen zu lassen. Würden wir es in Hamburg drucken lassen, so ginge zuviel Zeit verloren. Es kommt ferner in Betracht, daß die Matrizen für die Maschinen in Gomburg nicht passend sind. Soll aber statt Rotations- gewöhnlicher Maschinen druck gewählt werden, so stellt sich der Preis viel zu hoch. Wenn Sie immer verlangen, daß die Literatur verbilligt werde, so ziehen Sie doch auch die Konsequenzen!

Wir haben gar kein Interesse daran, Privatgeschäften viel zuzuschlagen. Ich habe deshalb gegen den Antrag 47 gar nichts, glaube aber, daß das eine der ersten Aufgaben der neuzuwählenden Kontrolleure sein müßte. — Wenn der Antrag 48 angenommen würde, so würde durch die Abschaffung der Nachtarbeit der „Vorwärts“ z. B. einfach ruiniert werden; er würde ein Abendblatt werden müssen und die Berichterstattung vom Reichstag und dergleichen käme um 24 Stunden später als in bürgerlichen Blättern. Das würden sich die Arbeiter nicht gefallen lassen, sondern einfach ein anderes Blatt abonnieren, das ihrem Lesebedürfnis rascher entgegenkommt. Von der verlangten Abschaffung der Akkordarbeit wollen aber die Buchdrucker, die Sie damit beglücken wollen, gar nichts wissen; sie haben es besonders in Hamburg am eigenen Leibe gespürt, wie die Abschaffung der Akkordarbeit wirkte. Bedenken Sie, welche Folgen ein Ausfall von 500 Mk. auf die Wohnung, Lebensweise, Kindererziehung einer Arbeiterfamilie haben muß. Ihr Antrag kostet auch dem Geschäfte Laufende von Markt, ohne dem Arbeiter was zu nützen. Im Gegenteil, Sie schädigen den Arbeiter. In Bourgeoisgeschäften freilich wird die Akkordarbeit für den Unternehmer sehr rentabel. In der Zeit des heutigen Ueberangebots an Arbeitskräften zwingt der Unternehmer durch Aufseher, Kontrolle und sonstige Praktiken, daß die Durchschnittsleistung des Akkordsehers, die nur unter Anspannung aller Kräfte erreicht werden kann, zur

Normalleistung des Sehers wird. Während er früher dafür das Maximum des Lohnes zahlen mußte, zahlt er jetzt das Minimum. Das geht aber in Parteigeschäften nicht, da schädigt der Antrag nach beiden Seiten. Wir sind aber nicht dazu da, angebliche Grundsätze der Partei unter allen Umständen durchzuführen. Noch eins: Die bürgerliche Gesellschaft beruht mit auf dem Gesetze der Entfaltung der freien Kräfte, dem Wettbewerb derselben, es geht nicht an, für eine einzelne Betriebsart der kapitalistischen Produktion dieses Grundgesetz aufzuheben.

Was die Anträge 43, 44 betrifft, so gehöre ich ja auch zu den Parteilulis, bezüglich deren es allmählig Mode zu werden scheint, ihnen ihre Armut vorzuwerfen, und gegen die sie sich richten. Ja, wenn ich Rothschild's Sohn wäre (Heiterkeit), dann könnte ich meine Arbeitskraft der Partei unentgeltlich zur Verfügung stellen; ich wäre dann vielleicht auch angesehen in der Partei, denn der Respekt vor dem vermeintlichen oder wirklichen großen Geldsack ist ja auch unter den Parteigenossen noch ein sehr gewaltiger. (Sehr richtig!) Immerhin freut es mich, daß hier am Parteitage von den Berliner Genossen ein ganz anderer Ton angeschlagen worden ist, als von Einzelnen in Berliner Versammlungen. Dort gelagelten die Schlagwörter; man sprach davon: die Parteibeamten hängen mehr an ihrem Gehalte als an der Sache; sie handelten nicht aus Interesse an der Partei, sondern aus Interesse an Parteigeltern. Vielleicht darf man darnach hoffen, daß solche ehrlose Beschuldigungen künftig auch in Berlin unterbleiben. Man sagte hier: Andere Parteigenossen bringen Opfer, die Arbeiter arbeiten alle unentgeltlich für die Partei. Ich hätte gemeint, daß solche Arbeit für die Partei auch von uns geleistet wird. Keinem von uns fällt es ein, bei Vorträgen, Versammlungen, Kommissionssitzungen u. s. w. in Berlin und Umgegend irgend welchen Ersatz für die baaren Auslagen an Fahrten u. s. w. zu verlangen oder zu nehmen. Was also die anderen Parteigenossen thun, thun auch die Abgeordneten. Allmählig ist es auch Mode geworden, die geschmackvolle Redensart zu wiederholen: die Abgeordneten und Parteibeamten „leben von Arbeitergroßchen“. Ich lehne das für meine Person ab; ich thue meine Arbeit und erhalte meinen Lohn, weil meine Arbeit ihren Lohn werth ist. Da hat Niemand ein Recht, von Arbeitergroßchen zu sprechen, so wenig als Sie es Prinzipalsgeschenk nennen, wenn Sie am Sonnabend den Lohn für Ihre Arbeit erhalten. Mein Lohn ist nicht ein Geschenk von Arbeitern, die Sache liegt so: entweder hat meine Arbeit Werth, und dann muß sie entsprechend entlohnt werden, oder sie hat nicht den Werth, den Sie dafür angelegt haben, dann jage man mich zum Teufel! Man lasse also derartige Argumente anstands- und geschmackshalber aus der Diskussion heraus.

Anders wäre es, wenn die Partei nicht in der Lage wäre, Diäten zu zahlen, dann wäre nicht einer unter uns, der das Maß seiner persönlichen Opfer nicht noch weiter anspannen und auf die Diäten verzichten würde. Aber sie ist in der Lage. Die Ueberschüsse des „Vorwärts“, des „Echo“ und der Buchhandlung sind allein viel höher, als die Summe der Diäten überhaupt. Soll denn bloß der Einzelne, den Sie ein Mandat übertragen haben, Opfer bringen, oder nicht vielmehr die Gesamtpartei, die er repräsentirt. Eine Konsequenz dieser Widersinnigkeit wäre, daß jeder Parteigenosse, der ein Einkommen von über 3000 Mk. hat, alles, was über 3000 Mk. ist, an die Parteikasse abzuliefern hat. (Heiterkeit.) Eine andere Konsequenz dieser Anträge ist, daß das Mandat zu einer Art Geldstrafe wird. Der Redakteur oder Parteibeamte, der kein Mandat hat, kann sein volles Gehalt für sich und seine Familie verwenden, sein Kollege aber, der Abgeordneter ist, muß deshalb gleichsam ein paar hundert Mark Strafe zahlen. Aber nicht eine Geldfrage ist es, sondern es wird schließlich eine persönliche Ehrenfrage. Wenn wir

jedes Jahr solche Debatten, Anschuldigungen, Insinuationen über uns ergehen lassen sollen, dann danke ich für die Ehre, Abgeordneter zu sein, dann stelle ich mich wieder in die Reihe derjenigen Genossen, die bloß das Recht auf Rationniren haben (Geiterkeit) und höre auf, Stichblatt für jede dumme Bemerkung zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Reil-Mannheim: Die Bemerkung des Berichtes über die friedlichen Beziehungen der Genossen trifft auf Baden leider nicht zu. Sie wissen, daß der letzte Parteitag Dr. Rüdts verurtheilt hat, aber dieser fügte sich nicht, er trat aus der Partei aus, und kein ehrlicher Genosse hat ihm eine Thräne nachgeweiht. Aber bald darauf erschien er wieder in einer Versammlung mit dem Rufe: „Das Volk hat mich gerufen!“ Es waren nämlich zwei Mitglieder des Vereins in Heidelberg auf seine Bestellung des Morgens zu ihm gekommen und hatten ihn eingeladen. (Geiterkeit.) Auf unserem badischen Parteitage wurde ein Antrag gestellt, Dr. Rüdts aus der Partei auszuschließen, aber der Antrag wurde abgelehnt. Bei den badischen Wahlen hat sodann eine große Versammlung beschlossen, Dr. Rüdts nicht wieder als Kandidaten aufzustellen. Infolge dessen agitiren Dr. Rüdts und seine wenigen Anhänger dafür, daß keiner unserer Genossen gewählt werden soll. Auch in anderer Weise wird von Rüdts intrigirt und den Genossen generbsmäßig die Ehre abgeschnitten. Der Verdacht liegt wenigstens nahe, daß auch die gemeinen Verdächtigungen der nationalliberalen „Badischen Landeszeitung“ von ihm stammen. Dr. Rüdts ist zum Delegirten gewählt, aber er verzichtet darauf zu erscheinen, weil er gesagt hat, er habe schon längst mit dieser Gesellschaft gebrochen. Jetzt sollten wir endlich mit Dr. Rüdts aufräumen, und wenn der Parteitag selbst sich nicht mit der Frage beschäftigen und nicht über einen Abwesenden zu Gericht sitzen will, so soll wenigstens der Vorstand die Sache reiflich erwägen, sobald durch die von Dreesbach gegen die „Badische Landeszeitung“ angestrengte Klage Rüdts's Handlungsweise auch gerichtlich klar gestellt ist. Wir haben keinen Grund, länger Nachsicht zu üben.

Deppel-Langenfelde bekämpft die Anträge 43 und 44. Auch die Abschaffung der Nacharbeit in den Druckereien werde sich nicht durchführen lassen. Es empfehle sich nicht, wie die Anträge 47 und 48 wollen, die Frage der Herstellung der Parteiliteratur in Parteidruckereien generell zu regeln; das müsse dem Vorstand in jedem einzelnen Falle überlassen bleiben. Das Eingehen des „Sozialdemokrat“ sei zur Nothwendigkeit geworden.

Nachdem einige Begrüßungsschreiben verlesen, tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

3 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Namens der Mandatprüfungs-Kommission berichtet Antrick. Vertreten sind 219 Kreise durch 190 Delegirte und Delegirtinnen. Zwei Mandate werden beanstandet. Goebel-Mainz ist in einer Vereinsversammlung, nicht in einer öffentlichen Versammlung gewählt. Ein Protest, der gegen ihn aus Mainz eingelaufen ist, hebt dies hervor. Es wird beantragt, das Mandat für ungiltig zu erklären. Weiter wird das Mandat für Hansen-Berlin aus Friedeberg-Urnswalde beanstandet. Das Mandat ist nur von einzelnen Genossen ausgestellt, mit denen Hansen auf dem Brandenburger Parteitage Rücksprache wegen der Vertretung des Kreises auf dem Breslauer Parteitage genommen hat. Eine Wahlversammlung hat im Kreise Friedeberg-Urnswalde überhaupt nicht stattgefunden. Einstimmig beantragt die Kommission, das Mandat für ungiltig zu erklären, und ersucht gleichzeitig den Kongreß, gegen das Verfahren, das im Friedeberg-Urnswalder Kreise schon einige Male vorgekommen ist, scharf zu protestiren. Drei weitere Proteste lagen gegen die Mandate von Roske-

Brandenburg, Haubold-Chemnitz und Wolny-Breslau vor. Die Kommission hält die Bedenken gegen die Mandate nicht für stichhaltig, rath aber in Bezug auf das dritte Mandat den polnischen Genossen Breslau's, sich bei der Wahl zum Parteitage enger an die deutschen Parteigenossen anzuschließen. Das Mandat des Dr. Rüdts beantragt die Kommission als nicht vorhanden zu betrachten. Dr. Rüdts ist regelrecht gewählt, wird aber, wie er schreibt, durch Gesundheitsrückichten (Geiterkeit) am Erscheinen verhindert. Er schreibt, daß er sein Mandat dem Genossen Ged übertragen wolle. Die Kommission hält dies Verfahren für gänzlich unzulässig.

Die Diskussion wird eröffnet.

Der Parteitag erklärt die 188 unbeanstandeten Mandate debattelos für giltig. Müller-Darmstadt: In Mainz ist die Partei verkörpert als organisirter sozialdemokratischer Verein, nach dessen Statuten Jeder das Wahlrecht verliert, der drei Monate mit seinem Beitrag im Rückstande ist, ohne Stundung nach-gesucht zu haben. Dieser Verein nimmt alle Wahlen vor, auch der Genosse Goebel ist in einer solchen Sitzung gewählt worden. Auf seine Veranlassung wird noch heute Abend eine Volksversammlung in Mainz stattfinden, in der er unzweifelhaft gewählt wird. Ich bitte deshalb, sein Mandat nicht zu beanstanden. Wenn wir so rigoros vorgehen, so müssen viele Mandate für ungiltig erklärt werden. (Na! na!) Wir in Hessen sind alle nicht in öffentlicher Versammlung gewählt, weil wir mit dem Vereinsgesetz deswegen nicht in Konflikt kommen können. Im Organisationsentwurf steht nichts davon, daß die Wahl in öffentlicher Versammlung vorgenommen werden soll. Wenn Sie die Wahl von Goebel nicht für giltig erklären wollen, so warten Sie mit der Abstimmung wenigstens bis morgen, bis der Bescheid aus Mainz da ist.

Goebel-Mainz schließt die Ausführungen des Vorredners an.

Antrick begründet nochmals den Protest der Kommission.

Die Abstimmung über den Antrag der Kommission wird bis morgen vertagt.

Riesel-Berlin spricht gegen das Mandat für Hansen-Berlin und meint, daß dieses Mandat entschieden ungiltig sei. Durch Beschluß des Parteitages wird es als ungiltig erklärt.

Ged-Dffenburg spricht zur Aberkennung des Mandats des Dr. Rüdts. Er ist der Ansicht, daß die Uebertragung des Mandats an ihn unanständig sei, überläßt aber dem Parteitage die Entscheidung.

Stubenreich-Doggersheim meint, es wäre richtiger gewesen, wenn Dr. Rüdts bereits vorher erklärt hätte, daß er das Mandat nicht ausüben werde. Um Präzedenzfälle zu vermeiden, werden wir die Uebertragung des Mandats an Ged als ungiltig erklären müssen.

Nach einem Schlußworte Antrick's wird das von Rüdts an Ged übertragene Mandat für ungiltig erklärt und damit prinzipiell ausgesprochen, daß derartige Mandatsübertragungen unzulässig sind.

Die übrigen Proteste werden ohne Debatte gemäß dem Antrage der Kommission für erledigt erklärt.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten und die Berathung über den Geschäftsbericht fortgesetzt.

Weißer verliest zur Ergänzung seines Berichtes folgende Erklärung: „Nach eingehender Untersuchung erklären die Kontrolleure zu Punkt 3 der Beschlüsse der Karlsruher Parteigenossen Folgendes: Genosse Auer hat die beanstandeten Mittheilungen über den Genossen Kallenbach in gutem Glauben an die Richtigkeit seiner Informationen gemacht. Da sich die letzteren als unzutreffend herausstellten, sprach Genosse Auer dem Genossen Kallenbach bereits sein Bedauern über den Vorfall aus und wiederholt den Kontrolleuren unter dem Ausdruck des Bedauerns, das Opfer falscher Informationen gewesen zu sein.“

Fülle-Würzburg: Wir mußten den Partei-Vorstand um ein geringes Darlehn, um 2000 Mk. (Geiterkeit), angehen. Die Antwort war, wie ich das voraus sah, da ich die Leute kenne (Geiterkeit), abschlägig; trotz wiederholter Vorstellungen erhielten wir dieselbe Antwort zwei- oder dreimal, auch nachdem wir die Garantie durch die Würzburger Gewerkschaften angeboten hatten. Wenn nun auch die Parteigelder nicht alle aus Würzburg kommen, so hätten wir doch in unserer Bedrängniß diese 2000 Mk. erhalten sollen; auch wir haben Geld nach manchen Gegenden geschickt. Heute prosperirt das Unternehmen. Die Aufregung zu schildern, die bei uns über die Berliner Antworten herrschte, will ich unterlassen; aber es gereicht dem Partei-Vorstande entschieden nicht zum Vortheile, solche Aufregungen durch seine rein geschäftliche Rücksichten zu verursachen. Wie falsch es ist, sich ausschließlich auf den geschäftlichen Standpunkt zu stellen, hat Ihnen doch der amerikanische Genosse Gepner in der „Neuen Zeit“ durch seine anschauliche Schilderung der ehemaligen Leipziger Verhältnisse bewiesen.

Kern-Schweinfurt: Vom Unterfränkischen Agitationskomité habe er den Auftrag, dafür zu sorgen, daß der Mißgriff des Partei-Vorstandes wieder gut gemacht werde. Seit zwei Jahren mache die Bewegung im schwarzen Unterfranken außerordentliche Fortschritte. Die ganze Bewegung hänge vom Bestehen des Würzburger Parteiblattes ab, das zu Grunde gehen müsse, wenn der papierne Beschluß des Frankfurter Kongresses bestehen bleibe. Das Würzburger Parteigeschäft, das zu gründen Zwangslage gewesen sei, dürfe nicht fallen gelassen, sondern müsse unterstützt werden.

Bebel: Nachdem zwei Redner den Vorstand so heftig angegriffen haben, muß ich die gegen uns erhobenen Vorwürfe zurückweisen. In erster Linie muß ich Verwahrung gegen einige Aeußerungen des Genossen Fülle einlegen, die so geklungen haben, als hätte dieser schon von vornherein gewußt, daß sein Gesuch abgelehnt würde, weil er ja, wie er sagt, die Leute kenne. Zu einer solchen Auffassung liegt für Fülle wirklich keine Ursache vor. Wir handeln im Interesse der Partei, niemals aus persönlichem Interesse. Wir haben vor allen Dingen den Einbruch gehabt, daß die Genossen in Würzburg es auf eine Art Provokation ihres bisherigen Druckers abgesehen hatten; das war bestimmend für die Ablehnung des Gesuches. Nun hatte aber der Partei-Vorstand bereits früher den Würzburgern Geld bewilligt, einmal 500 Mk., ein anderes mal 600 Mk. Alles half nichts, genügte nicht. Da kamen wir schließlich zur Ueberzeugung, daß wir nicht weiter helfen durften. Wir fürchteten, daß ein neues Druckerei-Geschäft entstehen würde, das uns dann zu immer weiteren Unterstützungen zwingen würde. Fülle hat erklärt, er sei nach Berlin gereist, um durch persönliche Intervention beim Partei-Vorstande einen besseren Bescheid zu erwirken. Auer habe ihm aber eine Antwort gegeben, nach der er völlig den Muth verloren habe. Auer ist aber doch nicht der ganze Partei-Vorstand, und außerdem hat Auer ihm noch den Rath gegeben, eine Gesamtsitzung des Partei-Vorstandes abzuwarten. Freilich hat Auer hinzugefügt, daß das wohl auch nicht viel nützen würde. Aber war Fülle nun einmal in Berlin, so hatte er auch die Pflicht, alles zu versuchen und den offiziellen Bescheid des Partei-Vorstandes abzuwarten. Uebrigens haben die Würzburger die Kontrolleure mit ihrer Angelegenheit nicht behelligt, sie haben sofort eine fulminante Beschwerde gegen den Partei-Vorstand an den Parteitag losgelassen. Wollen die Würzburger jetzt noch einmal an den Partei-Vorstand herantreten, dann werden wir sachlich, wie immer, die Angelegenheit nochmals prüfen. Kommen wir zu einem anderen Bescheide als bisher, gut, wenn nicht, so müssen sich die Würzburger bescheiden.

Von vielen Rednern ist nachdrücklich gegen den Antrag der Parteileitung, den „Sozialdemokrat“ eingehen zu lassen, gekämpft worden. Ich bin mit aller Macht für die Gründung des „Sozialdemokrat“ eingetreten und habe ihm die größte Bedeutung beigemessen. Hätte man das Blatt zwei Jahre früher gegründet,

dann wäre es besser gewesen. Nun aber haben sich unsere Hoffnungen nicht erfüllt. Von vornherein hatten wir allerdings die Anschauung, daß uns das Blatt jährlich 5—6000 Mk. kosten würde; diese Summe ist indeß weit überschritten worden. Zwar hat der „Sozialdemokrat“ anfangs eine bedeutende Abonnentenzahl gehabt, aber diese ist fortgesetzt zurückgegangen, erst rapide, dann langsamer. Es ist jetzt keine Aussicht mehr dazu, daß sich das Defizit verringern wird. Da wäre es Thorheit, wenn wir bei den gehörten Klagen noch weiter viel Geld hinauswerfen wollten. Der Antrag Lande will eine Art Vermittelung mit der „Neuen Zeit“. Wie man die „Neue Zeit“ verbessern will dadurch, daß man sie in eine Monatschrift verwandelt, verhehe ich nicht.

Betreffs des Antrages 46 hat ja bereits Fischer eine gründliche Widerlegung vorgebracht. Glauben Sie aber übrigens doch ja nicht, daß wir die Parteistatute zum Experimentirfeld unserer Grundsätze machen könnten. Wenn wir die Affordarbeit abschaffen könnten, dann würden wir es thun. Die Beschwerden, die von allen Seiten kommen, sind daher unberechtigt. Ja, in Hamburg kann man wohl die Affordarbeit abschaffen; dieses Geschäft ist sehr groß und kann trotz höherer Betriebskosten weiter existiren. Andere Geschäfte können das aber nicht. Die Abschaffung der Afford- und Nachtarbeit vertheuert auf der einen Seite die Druckerzeugnisse, auf der andern Seite aber will man billigere Preise für die Blätter. Die Ausführung derartiger neuer Einrichtungen, wie die Anträge sie wollen, würde unsere Geschäfte alle banterott machen. Ich bitte Sie daher dringend, diesen Antrag abzulehnen.

Ich komme nun auf den unglückseligen Antrag betreffs der Diäten. Es ist recht bedauerlich, daß die Berliner in den letzten Jahren keine besseren Anträge gestellt haben. Wenn man einmal gerecht sein will, dann sei man auch ganz gerecht! Das ist aber hier nicht der Fall, denn der Antrag ruft die größte Ungerechtigkeit unter dem Schein der Gerechtigkeit hervor. Der Antrag kann sich, obgleich das nicht darin steht, nur auf Berlin beziehen. Aber wie immer Sie auch den Antrag gestalten, mit jeder Verbesserung schaffen Sie auf der anderen Seite eine Verschlechterung. Sie verlangen, daß die Berliner Redakteure und Parteibeamten, die doch nur für ihre Thätigkeit bezahlt werden, ein erhebliches Opfer bringen, das andere nicht zu tragen haben. Sie vergessen dabei, daß wir auch Reichstagsabgeordnete haben, die aus ihrer Arbeit in der Partei erheblich mehr als 3000 Mk. verdienen. Diese sollen aber nicht von dem Antrage getroffen werden. (Sehr richtig!) Wenn der Antrag gerecht wäre, so müßten Sie auch bestimmen, daß jeder, der in der glücklichen Lage ist, ein Privateinkommen von 3000 Mk. und mehr zu beziehen, seine Diäten selbst zu tragen hat. Leute mit hohem Privateinkommen sollen Diäten beziehen, aber die armen Parteibeamten nicht. Eine fernere Ungerechtigkeit liegt darin, daß Jemand, der 3, 4 oder 5 Kinder hat und zufällig Abgeordneter wird, Opfer bringen soll, während ein Anderer, der keine Kinder hat, diese Opfer nicht zu tragen hat. Und unbedeutend sind diese Opfer nicht. Die Berliner Abgeordneten sind es ja in erster Reihe, die in den Kommissionen arbeiten müssen. Es entstehen große Ausgaben, wenn man 6 Monate hindurch täglich 2 bis 4 mal Pferdebahn zu fahren, im Reichstage zu Mittag zu speisen hat und dergl. Ich komme ja hierbei glücklicherweise nicht in Betracht. Nun ich habe als ordnungsliebender Mensch über alle Ausgaben, auch über die Ausgaben infolge meiner Thätigkeit als Reichstagsabgeordneter, genau Buch geführt, und gefunden, daß jede Session mich mehrere hundert Mark kostet. Lehnen Sie den Antrag ab und überlassen Sie alles der Opferwilligkeit und Opferfähigkeit des Einzelnen! (Beifall.)

Martikke-Hamburg erklärt sich gegen die Anträge 43 und 44, weil sich doch kein gerechter Ausgleich dadurch schaffen lasse. Die Affordarbeit und die Nachtarbeit läßt sich von uns in der bürgerlichen Weltordnung nicht abschaffen. Dagegen müssen die Anträge 49/50 angenommen werden. Die

Hamburger Parteidruckeri ist nicht genügend beschäftigt; das große Kapital, das dort investirt ist, darf nicht brach liegen.

Peuß-Deffau: Der Antrag 36 ist möglich und besonders für die Parteipresse praktisch. Mit den Anträgen 43 und 44 ist man dagegen offenbar auf falschem Wege. Für uns allein können wir in der gegenwärtigen Gesellschaft nicht eine Gleichheit des Einkommens herstellen. Wir müssen gegen unsere Arbeiter bürgerlich anständig verfahren, auch gegen die, die gewohnheitsmäßig besser entlohnt werden. Aus diesem Grunde sind auch die Anträge über Afford- und Nacharbeit verkehrt. Die Gründung des „Sozialdemokrat“ hielt ich für verkehrt; ich stimme seinem Eingehen zu.

Landé-Elberfeld: Die Gründe des Mißerfolges des „Sozialdemokrat“ liegen darin, daß er die Konkurrenz der „Neuen Zeit“ nicht aushalten kann. Die „Neue Zeit“ hat wesentlich den gleichen Inhalt, wie der „Sozialdemokrat“. Naturgemäß können in der „Neuen Zeit“, die viel mehr Raum hat, alle Fragen eingehender und tiefer behandelt werden. Aber auch die „Neue Zeit“ prosperirt nicht. Die Zuschüsse würden viel geringer werden, wenn sie wieder Monatsblatt würde. Das würde auch ihren Artikeln zu Gute kommen, die früher bleibenderen Werth hatten. Der „Sozialdemokrat“ würde dann gediegenere Artikel über die Tagesfragen erhalten können. Bei alledem kommen Gesichtspunkte in Betracht, die sich hier nicht abmessen lassen. Ich habe deshalb beantragt, dem Vorstande die Entscheidung anheim zu stellen.

Schneider-Berlin wendet sich gegen die Ausartung in der Gründung von Landsmannschaftlichen Vereinen und billigt die Haltung des „Vorwärts“ in dieser Frage. Redner vertheidigt den Antrag 36. Die Aeußerung Baerer's lasse die Berliner kalt, eine Beleidigung sei keine Widerlegung. Die Nacharbeit könne in den Parteidruckereien nicht abgeschafft werden. Die Opfer, die der „Sozialdemokrat“ koste, könnten nicht länger gebracht werden, wohl aber verdiene Landé's Amendement Beachtung.

Hering-Flensburg: Bedeutendes habe der „Sozialdemokrat“ besonders dadurch geleistet, daß er wichtige Fragen erörtert habe, für die sonst kostspieligere Broschüren nöthig gewesen wären. Man möge sehen, ob es nicht doch möglich sei, den „Sozialdemokrat“ zu halten, zumal da die Artikel in der „Neuen Zeit“ oft schwer verständlich seien.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte, nachdem Thiele-Halle dafür, Drescher-Berlin dagegen gesprochen hat, abgelehnt.

Schall-Solingen macht die Mittheilung, daß die Streitigkeiten in Solingen so gut wie beigelegt sind. (Beifall.) Was die vorliegenden Anträge betrifft, so sei das Eingehen des „Sozialdemokrat“ zu bedauern.

Stolten-Hamburg: Die Anträge auf Abschaffung der Afford- und Nacharbeit und die Anträge auf Herstellung der Parteiliteratur in Parteidruckereien haben einen Zusammenhang, der noch nicht beleuchtet worden ist. Einerseits zeigte sich, daß man von der Partei immer Neues verlangt, andererseits aber kommen Klagen über die theuren Preise in Parteidruckereien. Ich empfehle Ihnen, auf die genannten Anträge nicht einzugehen. Wir können Nach- und Affordarbeit nicht abschaffen, ohne uns kampfunfähig zu machen. Wir verlangen eine gewisse Opferwilligkeit von den Genossen und so müssen sich die in Parteigeschäften thätigen Personen auch manche Unannehmlichkeiten gefallen lassen. Weil wir in Hamburg mit der Abschaffung der Affordarbeit üble Erfahrungen gemacht haben, deshalb sind dort alle diese Anträge abgelehnt worden. Dort war der Beschluß gefaßt worden, das „Echo“ als Abendblatt erscheinen zu lassen; aber dieser Beschluß ist wieder umgestoßen worden. Was die Affordarbeit betrifft, so ist das gar keine prinzipielle Frage. Unsere Feindschaft gegen dieses Arbeitssystem besteht nur darin, daß wir die ungehörige Anspornung der Kräfte und die darauf folgende Herabsetzung der Löhne

bekämpfen. Davon kann in Parteigeschäften keine Rede sein; es wird ja dort nach dem Tarif gearbeitet. Es handelt sich darum, ob die Abschaffung der Affordarbeit praktisch ist. Wir Hamburger haben darin Erfahrungen. Für die Herstellung großer Zeitungen ist die Abschaffung der Affordarbeit nicht als praktisch anzusehen; wir haben jetzt viel größere Schwierigkeiten in der Herstellung des Blattes; wir haben 6 Sezer mehr, aber diese kosten uns ca. 10 000 Mk. jährlich, und die Frage wäre nicht unberechtigt gewesen, ob man, um die 6 Leute unterzubringen, nicht besser gethan hätten, ihnen die 10 000 Mk. direkt zu geben.

Mit der künstlerischen Ausgestaltung der alljährlich wiederkehrenden Maifestzeitung ist man in Hamburg nicht sonderlich zufrieden gewesen, und das gerade bei jenen Genossen, die darüber ein Urtheil haben. Es ist der Gedanke angeregt worden, den Parteivorstand zu ermahnen und für die künstlerische Ausgestaltung der Maifestzeitung ein Preisaus schreiben zu veranstalten.

Der „Sozialdemokrat“ ist leider unhaltbar. Wenn es wahr ist, daß die „Neue Zeit“, seitdem sie Wochenschrift ist, nicht mehr auf der wissenschaftlichen Höhe wie früher steht, so liegt das in der Veränderung der Verhältnisse. Zur Zeit des Sozialistengesetzes mußte auch die wissenschaftliche Diskussion einen anderen Charakter haben. Mit dem Wachsen der Partei sind auch die politischen Tagesfragen mehr als früher in den Vordergrund getreten. Im Uebrigen verdient doch die „Neue Zeit“ gewiß das Zeugniß, daß sie auf der Höhe der Situation bisher gestanden hat und heute noch steht.

Blöc-Dortmund beschwert sich darüber, daß in dem gedruckten Bericht nicht verzeichnet ist, welche Summen die früher unterstützten Parteiorgane an die Partei zurückgezahlt haben. Es sei doch wichtig, zu erfahren, ob die Zuschüsse sich rentiren oder ob sie in ein Danaidenfaß fließen.

Gewehr-Elberfeld befürwortet den Antrag 36; die Delegirten müßten Zeit haben, sich eingehend mit dem Bericht zu beschäftigen. Was den Diätenantrag betrifft, so thäten die Antragsteller besser daran, sich einmal mit den Gehältern derjenigen Beamten zu beschäftigen, die weniger als 2000 Mk. beziehen. Die Frage, ob der „Sozialdemokrat“ beseitigt werden solle, hänge nicht mit der Umwandlung der „Neue Zeit“ zusammen, beide Anträge müßten getrennt behandelt werden. Der Vorstand möge einmal genau prüfen, ob das, was für die „Rheinische Zeitung“ geleistet wird, im Einklang mit den Leistungen dieses Blattes steht, damit nicht unnütz Geld verschwendet wird. Ueberhaupt sollen bei solchen Unterstützungsfragen nicht ausschließlich die Genossen des betreffenden Ortes gefragt und gehört werden.

Ein erneuter Antrag auf Schluß der Debatte wird, nachdem Börner-Berlin denselben bekämpft hat, angenommen.

Hülle zieht seinen Antrag auf Kommissionsberathung der Anträge 43 und 44 zurück; er habe damit nur bezweckt, daß der Antrag in der Kommission abgemurkt werde. (Geiterkeit.) Dieser Zweck sei nicht erreicht worden, denn es habe eine lange Diskussion stattgefunden.

Hoch-Berlin nimmt den Antrag wieder auf.

Das Schlußwort wird ertheilt.

Meister verzichtet.

Pfannkuch: Ich habe nur noch Einzelheiten zu berühren. Genosse Gewehr rath der Parteileitung, bei der Unterstützung von Blättern nicht nur die Genossen des Ortes, sondern die des Kreises zu fragen. Das hat der Vorstand stets gethan. Ich finde, Genosse Gewehr sieht in der Unterstützung der „Rheinischen Zeitung“ ein klein wenig die Unterstützung eines Konkurrenz-Unternehmens. Die Unterstützung der „Rheinischen Zeitung“ erfolgt auf Grund eines Beschlusses des Kölner Parteitages, selbst wenn sie noch höher wäre, müßte sie geleistet werden. Wir haben die Genugthuung, daß die Zu-

schüsse wesentlich zurückgegangen sind und sich, wie uns versichert wird, in nächster Zeit noch wesentlich verringern werden. Fülle meinte, daß er die Aufregung der Würzburger Genossen garnicht schildern könne — er selbst war von ihr ergriffen. Nun haben wir gerade im Falle Würzburg in der Umgegend von Würzburg genaue Erkundigungen eingezogen, nicht nur in einem größerem Umkreise, sondern auch in einem Orte mit dem die Würzburger Genossen eng verbunden sind. Es wurde uns hierbei nahe gelegt, unter keinen Umständen die 2000 Mk. zu bewilligen. Bei dieser Sachlage hat der Vorstand sich veranlaßt gesehen, daß Gesuch abzuschlagen. Uebrigens wären die Würzburger Genossen mit 2000 Mk. noch lange nicht über alle Berge gewesen; es müßten neue Verlegenheiten entstehen. Wir als Partei können mit Gewerkschaftsorganisationen auch garnicht in Verbindung treten. Aber davon abgesehen; wenn auch eine Gewerkschaft eine Garantie übernehmen wollte, wer bürgt dafür, daß nicht morgen diese Gewerkschaft in eine Lohnbewegung eintreten muß, in der sie nicht nur ihre Mittel aufbraucht, sondern sogar auf die Solidarität der Genossen angewiesen ist?

Den Wünschen der Dortmunder Genossen werden wir entsprechen. In Dortmund steht das Geschäft jetzt auf der Grundlage, die ihr es ermöglicht, Rückzahlungen zu machen. Leider stehen die Dinge nicht überall so wie in Dortmund, vor allem wohl nicht in Würzburg.

Was die Diätenfrage betrifft, so hat Bebel es dem Einzelnen anheimstellen wollen, wie er sich dazu verhalten will. Er selbst giebt jährlich mehrere Hundert Mark zu, aber Andere sind dazu nicht wie er in der Lage und können auf Diäten nicht verzichten. Wohl aber kann durch die vorliegenden Anträge bewirkt werden, daß vermeintlich sehr reiche Genossen aus Solidaritätsgefühl ebenfalls nicht auf Diäten verzichten. Das giebt zum Nachdenken Anlaß. Im allgemeinen, glaube ich aus der Debatte schließen zu dürfen, sind gegen die Thätigkeit des Vorstandes wesentliche Vorwürfe nicht erhoben worden. Die Frage Auer ist ja schon geregelt, er hat die Gewohnheit, eine Form zu wählen, die manchem nicht genehm ist, aber sein Herz ist gut. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.)

Die nunmehr vorgenommene Abstimmung erzielt die Annahme des Antrages der Kontrolleure, dem Vorstand Decharge zu erteilen. Ebenso wird der Antrag 36 angenommen. Die Anträge 43 und 44, sowie die hierzu gestellten Amendements werden abgelehnt.

Antrag 47 wird auf Antrag von Fischer-Berlin den neugewählten Kontrolleuren zur Ausführung und eventuellen Berichterstattung an den nächsten Parteitag überwiesen.

Antrag 48 und Theil II des Antrages 49 werden abgelehnt, Theil I des Antrages 49 mit dem Amendement „möglichst“ hinter dem Wort „Partei-druckfachen“ angenommen. Dadurch ist Antrag 50 hinfällig. Das Amendement, Antrag 49 einer Kommission zu überweisen, wird abgelehnt.

Zu Antrag 63 hat Dertel-Mürnberg in Folge des oben mitgetheilten Amendements Landé beantragt, die Frage, ob die „Neue Zeit“ in eine Monatschrift verwandelt werden soll, dem Partei-Vorstande zur Erledigung zu überweisen, da ein solcher Beschluß nicht ohne Weiteres gefaßt, sondern erst nach Einvernehmen mit Redaktion und Verlag der „Neuen Zeit“ definitiv entschieden werden kann. Da Antrag 63 in der von der Parteileitung gestellten Fassung angenommen wird, zieht Landé sein Amendement zurück, wodurch das Amendement Dertel hinfällig wird.

Antrag 76 wird unter Ablehnung des hierzu vorliegenden Amendements angenommen.

Singer: Ich bitte, im Anschluß hieran noch einige Anträge zu entscheiden, die im Falle ihrer Annahme Kommissions-Berathung nöthig machen.

Die Genossen Berger und Lipinski stellen folgenden Antrag:

In Erwägung, daß in Danzig die Parteistreitigkeiten sich stets mehren, eine Aussicht auf Ruhe in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist, bei eventueller Reichstagswahl eine Doppellandidatur leicht möglich ist, ferner in Erwägung, daß eine Regelung seitens des Partei-Vorstandes vorgenommen wurde, dieselbe aber vom Vertrauensmann gebrochen ist, eine Kommission einzusetzen, welche diese Angelegenheit prüft, und dem Parteitage geeignete Schritte vorschlägt, welche den Danziger Genossen Ruhe und gedeihliche Entwicklung verschaffen.

Die Genossen Berger-Danzig, Braun-Königsberg und Lipinski-Danzig stellen diese Danziger Zustände als sehr mißliche da. Sie betonen insbesondere, daß durch die Danziger Zustände nicht in Danzig allein, sondern in ganz Westpreußen die politische und gewerkschaftliche Agitation lahm gelegt wird. Nach dieser Darstellung ist Genosse Jochem-Danzig an der ganzen Verwirrung Schuld.

Der Vorschlag, diese Angelegenheit der Mandatsprüfungs-Kommission zu überweisen, wird abgelehnt, die Angelegenheit geht an eine morgen zu wählende Neurek-Kommission.

Es folgt die Besprechung des Antrages 114 der Genossen Keil, Böhle, Emmel:

In Erwägung, daß Dr. Rüdts kurz nach dem Frankfurter Parteitage in gegnerischen Blättern seinen Austritt aus der Partei öffentlich ankündigte, mit der Motivierung, daß er sich den Beschlüssen des Frankfurter Parteitages nicht füge, daß zwar Dr. Rüdts später wieder in die Partei eintrat, diese widerprüchsvolle Handlungsweise aber eine Herabwürdigung der Partei ist, die sich diese nicht bieten lassen darf, erklärt der Parteitag: Dr. Rüdts hat aufgehört, Parteigenosse zu sein.

Dazu ist ein Amendement von Heidelberger Genossen gestellt worden, die beantragen, daß die badische Angelegenheit hier nicht verhandelt, sondern den badischen Genossen selbst zur Entscheidung überlassen wird.

Keil-Mannheim giebt eine gedrängte Schilderung der Fälle Rüdts und Stegmüller. Dr. Rüdts habe, abgesehen von allem andern, sich den Beschlüssen der Partei nicht gefügt und schon deshalb müsse der vorliegende Antrag angenommen werden. Eine Ueberweisung an eine Kommission sei nicht nöthig, da es sich ja nicht mehr darum handelt, zu prüfen, ob die Gründe richtig sind, sondern nur, ob sie ausreichen.

Geck-Diffenbach bekämpft den Antrag, weil man den Angeklagten erst hören müsse.

Emmel-Saarbrücken: Es handelt sich garnicht um eine Verurtheilung; Rüdts hat aufgehört, Parteigenosse zu sein mit dem Augenblick, wo er erklärt hat, sich den Beschlüssen der Partei nicht zu fügen.

Damit schließt die Debatte. Antrag 114 wird mit großer Mehrheit angenommen unter Ablehnung aller übrigen Änderungsanträge. Rüdts hat danach aufgehört, Parteigenosse zu sein.

Eine umfangreiche Beschwerde aus Verden gegen den Partei-Vorstand wird der Neurek-Kommission überwiesen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Zahlreiche Zustimmungsadressen sind eingetroffen.

Schluß 7 Uhr.